

Sehr geehrter Herr Unterlehberg,

vielen Dank für die prompte Übersendung Ihres Gesprächsvermerkes über unsere gemeinsame Besprechung am 6. Januar 2006.

Noch am 6. Januar 2006 hatte ich von Frau Anhalt den Beschlusstext des Segeberger Kreistages erhalten. Ich habe dann anschließend einen eigenen Gesprächsvermerk über unsere wichtige Zusammenkunft gefertigt, der nachfolgend dargestellt ist.

Ich erlaube mir, eine Kopie dieses Schreibens nebst Vermerk auch den anderen Gesprächspartnern zuzumailen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Wolfgang von Ancken
Kreis Rendsburg-Eckernförde

Gesprächsvermerk:

Aus der Besprechung am 6. Januar 2006 in Neumünster ist festzuhalten:

Der Beschluß des Segeberger Kreistages ist in die Besprechung zwischen OB Unterlehberg, OB Volquartz, Landräten Dr. Gebel und v. Ancken sowie Frau Anhalt von Segeberger Seite eingebracht worden. Zu dem Segeberger Beschluß ist zu ergänzen, dass Storman ebenfalls eine Verwaltungskooperation Süd-Ost mit SE und RZ als Kooperationspartner anstrebt mit einer Option für NMS als weiteren Partner.

In der Sache selbst ging es auf Einladung von OB Unterlehberg am 6. Januar um die Frage der Bildung einer Kommunalen Verwaltungsregion in Schleswig-Holstein, nachdem die Ratsversammlung der Stadt NMS den OB beauftragt hatte, mit Kiel, Plön, Rendsburg-Eckernförde und Segeberg in Kontakt zu treten, um eine in Vorbereitung einer Kommunalen Verwaltungsregion eine regionale Spitzenkonferenz auf den Weg zu bringen.

Die Ratsversammlung hatte am 15.11.2005 für die Bildung kommunaler Verwaltungsregionen folgende Prioritäten gesetzt:

1. Vorrangiges Ziel ist eine Orientierung der Stadt Neumünster in Richtung Metropolregion Hamburg.
2. Diese vorrangige Orientierung würde sich z.B. realisieren lassen durch Bildung einer Region aus den Kreisen SE, PI, OD und der Stadt NMS.

In der Besprechung wurde seitens der Stadt Kiel und der Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sich eine Kommunale Verwaltungsregion wegen der tatsächlichen Verflechtungsbeziehungen zweckmäßigerweise auf das Gebiet der Kern-Region erstrecken sollte.

- 2 -

Alle drei Partner würden sich wünschen, dass NMS dabei bliebe. Der Ratsbeschluß der Stadt Neumünster sei zwar zu respektieren. Aber eine Verwaltungsregion zwischen NMS, SE, OD und PI sowie ggfs. mit RZ auf der einen Seite und ein Verbleib der Stadt NMS in der Kern-Region auf der anderen Seite, das lasse sich nicht vereinbaren. Zum Beispiel könne in der Kern-Region keine gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft für das Standortmarketing aufgebaut werden oder die Regionalplanung als gemeinsame Aufgabe übernommen werden, während sich aus der Sicht des Partners NMS gleichzeitig eine auf Dauer ausgerichtete Kommunale Verwaltungsregion "Süd-Ost-Holstein" etabliert werden soll. Beides zu tun widerspreche sich. Deswegen müsse sich Neumünster entscheiden, welchen Weg die Stadt gehen wolle.

Damit nicht weiter für den Papierkorb gearbeitet werde (Volquartz), sollte die Strategiediskussion über die zukünftigen Strukturen und die inhaltliche Neuausrichtung von Kern erst fortgesetzt werden, wenn NMS sich entschieden habe, was möglichst bald erfolgen sollte.

OB Unterlehberg wird die Ratsversammlung entweder in der nächsten Sitzung am 7. Februar oder am 15. März mit der Thematik befassen. Zwischen Frau Volquartz und mir war klar, dass die Statagiediskussion im Kern-Vorstand bis zu dieser Klärung unterbrochen werden sollte.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass kreisgebietsübergreifende Kooperationen unabhängig von dieser Grundsatzfrage unberührt und sogar willkommen seien. Das gelte z.B. für Kooperationen in den Zulassungsstellen.

Dringend angemahnt bis zum Ende des ersten Quartals wurde eine Entscheidung der Stadt NMS zum Thema gemeinsame Integrierte Rettungsleitstelle in der Kern-Region, nachdem seit über eineinhalb Jahren darüber verhandelt wurde und auf der Arbeitsebene im Sinne der Entwicklungsvorstellungen der Landesregierung eine gemeinsame 4-er Lösung am Standort Kiel gefunden worden war. OB Unterlehberg dazu: Die Ratsversammlung habe einen Prüfauftrag für eine gemeinsame Leitstelle mit Norderstedt beschlossen, der noch nicht abgearbeitet worden sei.